

Nebröer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: i. B. K. Zauer in Kößleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kößleben.
Geschäftsstelle in Nebrö: Kaufmann Hugo Wägling (vorm. Wm. Weig), Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kößleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 30 mm breite Millimeterzeile im Wochenblatt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparisse Nebrö — Bankverein Aetern.

Nr 93

Donnerstag, den 4. August 1932.

45 Jahrgang

Endgültige Zahlen

Verdichtiges vorläufiges amtliches Endergebnis.
Der Reichswahlleiter gibt folgendes verdichtiges vorläufiges Endergebnis der Reichswahl bekannt:
Gültige Stimmen insgesamt: 36 862 434

1. Sozialdemokraten	7 953 986	133 Sitze
2. Nationalsozialisten	13 727 748	230 "
3. Kommunisten und SAP.	5 365 666	89 "
4. Zentrum	4 587 427	75 "
5. Deutschnationale	2 184 971	37 "
6. Deutsche Volkspartei	435 547	7 "
7. Wirtschaftspartei	146 107	1 "
8. Staatspartei	373 560	4 "
9. Bayerische Volkspartei	1 202 617	22 "
10. Deutsches Landvolk	91 287	1 "
11. Christlich-Soz. Volksblock	364 886	4 "
11a. Volksrechtspartei	40 927	
12. Deutsche Bauernpartei	137 090	2 "
14. Bauern. Weingrb. (Odb.)	96 868	2 "
15. Dt. Hanover. Partei	46 873	
16. Höchstd. d. Bremen 5000 Mt.	1 147	
18. Dt. Einheitspartei	1 842	
20. Dt. Soz. Kampfbewegung	953	
21. Nationale Minderheiten	34 969	
23. Schicksalgen. d. E.	549	
24. Kampfgem. d. Arbeiter	4 597	
25. Freiwirtschaftl. Partei	14 131	
26. u. 27. Ger. Dem. u. D. Hfsg.	2 656	
Sonstige Parteien	880	

Bei der Berechnung der Sitze ist hierbei von den Wahllokationen ausgegangen worden, die zwischen einzelnen Parteien hinsichtlich der Berechnung ihrer Reststimmen getroffen worden sind.

Ruhe — erste Bürgerpflicht!

Dr. Braht wohnt vor Gemaltflut.
Berlin, 2. August.
Der mit der Wahrnehmung der Führung der Geschäfte des preussischen Innenministeriums beauftragte Beamtliche des Reichsstatistikamtes für Preußen, Dr. Braht, erklärt folgenden Anruf:

Die Wahl ist vorbei. Das Volk hat gesprochen. Die völlige Wiederherstellung des inneren Friedens ist jetzt oberstes Gebot. Die Heiligkeit des bürgerlichen Lebens darf nicht weiter angezweifelt werden. Ich wane zum letzten Mal! Die Staatsregierung wird selbst drastische Maßnahmen nicht scheuen, um ihre Pflicht gegenüber dem friedlichen Staatsbürger reiflos zu erfüllen und den Bürger zu mahnen, den inneren Land braucht! Ich wane auch alle Organisationen wie schon einzelnen, weiter zu tätigen Taten zu setzen. Die Presse hat sich jeder Aufpeisung der Verleumdungen auf durch unrichtige Berichterstattung zu enthalten, andernfalls hat sie schwerste Eingriffe in ihre Freiheit zu gewärtigen.

Neues Kanzler-Interview

Gegen Herrschaft der Parteien.
Berlin, 3. August.
Der Vertreter der amerikanischen Nachrichtenagentur „Associated Press“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler, in welcher von Bapen zunächst rundweg und ungenügend erklärt, seine Regierung beabsichtige keinesfalls, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstage zu bemühen, die zur Unterstützung der Reichsregierung auf die Parteien angewiesen ist, aus denen sie sich zusammensetzt.
Er sagte dann weiter: „Wenn die Wahl überhaupt eine besondere Bedeutung gehabt hat, dann besteht diese darin, daß das deutsche Volk das Bestehen der Regierung genehmigt hat, das Land von der Parteikontrolle zu befreien. Was wir verlangen, ist, daß unter Bemühungen, Deutschland von seinen Schwierigkeiten zu befreien, gebildet werde.“

Unterstützung des Zentrums?
Meine Kollegen und ich wollen mit unserem Programm vor dem Reichstag treten und seine Mitglieder vor die Entscheidung stellen, ob sie uns angesichts des dringenden Bedürfnisses nach objektiver, unparteilicher Arbeit aus dem Saale zu weichen mögen.“
von Bapen hoffte, daß die Zentrumspartei nicht das Obium auf sich laden würde, eine Kabinetskrise heranzuführen. Hinsichtlich Adolf Hitler sei er der Überzeugung, daß der Augenblick gekommen sei, da der nationalsozialistische Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mitwirken müsse. Der Reichskanzler erklärte weiter:

Die Staatsform.
„Die Frage der Staatsform steht nicht im geringsten zur Debatte. Das stand auch bei der Wahl nicht zur Debatte. Das ganze deutsche Volk ist darauf bedacht, sein Haus in Ordnung zu bringen, und wir haben keine Zeit, an die Staatsform zu denken.“

Schließlich machte der Vertreter der amerikanischen Agentur den Reichskanzler darauf aufmerksam, daß die Linkspresse der Regierung zum Vorwurf mache, daß sie ge-

gen kommunistische Ausbreitungen Stellung nehme, aber nichts lüge, wenn Nationalsozialisten sich Gelegenheitsverleumdungen zuzulassen ließen.

Gegen jeglichen Terror.
Der Reichskanzler erwiderte darauf unerschrocken und bestimmt: „Wer auch immer nachgewiesenermaßen für Zwischenfälle verantwortlich ist, wie für die bedauerlichen Ereignisse in Königsberg, wird er dafür, daß wir entschlossen sind, recht und faires Verfahren mit ihm zu verfahren.“ Der Reichskanzler erklärte, daß die Pflicht bestände, die kommunistische Partei für außer des Gesetzes stehend zu erklären.
Als der amerikanische Journalist fragte, was der Reichskanzler mit seiner Anspielung auf eine „mögliche Verleumdung“ in seiner letzten Rundfunkansprache gemeint habe, antwortete der Kanzler:

Wahlreform.
Ich bin der Auffassung, daß Deutschland ein Oberhaus braucht.
Eine andere Sache, die berichtigt werden müßte, ist unser sogenanntes Wahlsystem, nach dem jede Partei eine Liste von Kandidaten aufstellt, von denen für je 60 000 erhaltenen Stimmen einer als gewählt erklärt wird. Ich hoffe, daß unter Wahlhelfern in dem Sinne revidiert wird, daß die persönliche Verantwortung des Reichstagsmitgliedes wiederhergestellt wird.

Verfassungsreform.
Der Reichskanzler bemerkte, daß in jedem Lager politische Führer der Verfassungsreformen gesprochen hätten, aber niemand habe gehandelt. „Sinnlos wenigen Tagen nach meiner Ernennung zum Reichskommissar für Preußen verschmolzen wir 58 Kreise mit größeren Kreisen und vereinfachten die Verwaltung durch Aufhebung von 60 Landratsstellen. In derselben Richtung beabsichtigen wir weitere Verwaltungs- und Finanzreformen zu veranlassen. Die Lösung im Reich als auch in Preußen einer Lösung dringend bedürftig.“

Die Regierungsfrage in Preußen

Aufsetzentat am Mittwoch. — Vor der Ministerpräsidentenwahl.
Berlin, 2. August.
Der Reichskanzler hat als Reichskommissar für Preußen den Preussischen Landtag offiziell in einem Schreiben von der Bildung der provisorischen preussischen Regierung Kenntnis gegeben. In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß Ministerpräsident Braun und die übrigen preussischen Minister von der Ausübung ihrer Amtspflichten entbunden worden seien, weiter werden die Namen der Staatssekretäre mitgeteilt, die mit der vorläufigen Leitung der einzelnen Ministerien beauftragt sind.
Der Ausschuss des Landtags ist für Mittwoch zu einer Sitzung einberufen, um den Termin der nächsten Landtagssitzung festzusetzen. Wahrscheinlich wird der Preussische Landtag schon in der nächsten Woche zusammentreten. Seine Hauptaufgabe wäre die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten, die nach gemeinsamer Vereinbarung von Zentrum und Nationalsozialisten bis nach der Reichstagswahl verschoben worden vor.

Wollung des Reichsrats

Eintrische mehrerer Länderregierungen.
Berlin, 3. August.
Am Reichsrat teilte Reichsinnenminister Freiherr von Bapen mit, die Reichsregierung habe von den früheren Erklärungen der Länder über die Reichsverhältnisse im Reichsrat Kenntnis genommen und erhoffe ein weiteres reibungsloses Zusammenarbeiten. Zu dieser Hoffnung sei die Reichsregierung um so mehr berechtigt, als die Gewähr gegeben sei, daß die Reichsratsgänger durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes einer baldigen Klärung entgegengeführt werden.
Der Vertreter der Bayerischen Staatsregierung erklärte, die neue Zusammenlegung des Reichsrats entspricht nicht der Reichsverfassung; der Reichsrat liege nicht in der Lage, die ihm nach der Verfassung zukommenden Rechte auszuüben. Bapen behalte sich alle Schritte vor und sei nur unter diesem Vorbehalt in der Lage, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Vertreter Bismarckbergs Badens, Hessens, Hamburgs, Lübeck, Bremens, Lipps und Schaumburg-Lippes gaben ähnliche Erklärungen ab. Die Vertreter der preussischen Provinzen behielten sich eine Nachprüfung der Rechtmäßigkeit vor.
Die sachlichen Verhandlungen des Reichsrats betreffen kleinere Vorlagen, wie überhaupt in den nächsten Wochen Beratungsgegenstände von größerer Bedeutung dem Reichsrat nicht zugehen werden.
Zu Beginn der Sitzung hatte Reichsinnenminister Freiherr von Bapen noch der Opfer der „Tobee“-Katastrophe gedacht.

Schafft Arbeit und Brot!

Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindevorandes.
Berlin, 3. August.
Der Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden hat sich in der Frage der Arbeitsbeschaffung mit den von dem Präsidenten des Verbandes, Landrat a. D.

Dr. Gerete-Pressel, aufgestellten nachfolgenden Richtlinien einigling einverstanden erklärt:

1. Reich, Länder, Gemeinden und die anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände haben zur Befreiung des Arbeitsmarktes notwendige öffentliche Arbeiten vorzunehmen, um dadurch eine möglichst hohe Zahl von Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen.
 2. Die Arbeiten sind planmäßig zu betreiben. Der Plan ist nach volkswirtschaftlichen, verkehrswirtschaftlichen und gesundheitlichen Gesichtspunkten auf Jahre hinaus einheitlich unter Mitwirkung der Selbstverwaltungsorgane aufzustellen und durchzuführen.
 3. Grundsätzlich sollen die Arbeiten zu solchem Lohn der Arbeiter und unter Heranziehung der freien Wirtschaft erfolgen, damit dadurch die Wirtschaft eine weitere Belebung erfährt, und die Steuerkraft der öffentlichen Hand gefördert wird.
 4. Die Finanzierung erfolgt durch eine in beschränkter Grenzen gehaltene zusätzliche Kreditgewährung auf der Grundlage des Haushaltsrechtes der öffentlichen Hand in Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten.
- Der dargelegte Verfahr ist im Interesse der Finanzierung der Aufgaben durch Ausbau des Straßenverkehrs und durch Verfestigung des Schotterverkehrs zu erwirken. Die Kredite sind in ihrer Laufzeit entsprechend dem verwendeten Zweck zu begrenzen. Die Kreditbereitstellung ist von den Aufsichtsbehörden im Einvernehmen mit den Kreditinstituten zu überwachen.

Kirche und Staat

Der evangelische Religionsunterricht in Preußen.
Berlin, 3. August.
Ämtlich wird mitgeteilt: Im Laufe des letzten Winters ist die Frage, in welcher Form die Interessen der evangelischen Landeskirchen Preußens an der Erteilung des Religionsunterrichts im Rahmen des Art. 149 Abs. 1 der Reichsverfassung gewahrt werden sollten, erneut lebhaft erörtert worden. Die Verhandlungen hierüber waren in wiederholten gemeinsamen Beratungen zwischen dem Unterrichtsministerium und den Vertretern des Evangelischen Oberkirchenrats (zuletzt namens der der altpreußischen Union nicht angehörigen preussischen Landeskirchen) und den hauptsächlich evangelischen Lehrerverbänden vor den letzten Wahlen zum preussischen Landtag sowie gefördert worden, daß die Veröffentlichung des Ergebnisses schon damals allgemein erwartet wurde.
Nach erweiterter Prüfung der gesamten Lage hat sich die Staatsregierung nunmehr zur unveränderten Bestimmung der damals festgestellten Grundzüge entschlossen. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Volks- und mittleren Schulen wird danach den preussischen evangelischen Landeskirchen die Möglichkeit abgeben, durch Beauftragung in der Regel staatliche Schulinspektoren, ausnahmeweise Lehrer oder Lehrer öffentlicher Schulen, die das Vertrauen der Kirchenleitung genießen, den Religionsunterricht betreiben zu lassen.
Die Neuregelung läßt die Rechte der staatlichen Schulbehörden unberührt.

Bundeskanzler Dr. Seipel

Der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel ist im Sanatorium „Waldrieden“ im Wiener Wald seinem langen Leben erlegen.
Wien, 3. August.



Die Christlichsozialen Partei Österreichs hat ihren Führer verloren, der allerdings in letzter Zeit infolge seiner Krankheit nicht mehr aktiv in der politischen Geschäftswelt eingriff, der aber dieser Partei, die er seit dem Ende des Krieges und dem Umsturz in Österreich leitete, den Stempel seiner Persönlichkeit aufgedrückt hat. Der Theologieprofessor, der von dem letzten österreichischen Kaiser in die Politik gerufen wurde, der aber damals ebenso wenig wie seine Freunde noch etwas retten konnte, hat in dem neuen österreichischen Staat immer eine führende Rolle innegehabt, und seine Führerschaft ist wiederholt durch die Leitung österreichischer Kabinete auch noch auf ihn übertragen worden. Er hat in dieser Zeit eine Politik verfolgt, deren Ursprünge in das alte Österreich zurückzuführen, und aus dieser Herkunft seines politischen Willens erklären sich auch die Hemmnisse, die er gegenüber der allzu betonten Propagierung des Anschlussgedankens an Deutschland hatte und des Österreich auch geltend machte. Diese kritische Feststellung kann nicht verhindern anerkennen, daß Seipel, der als



Gelehrter und als Mann der Kirche sicher seinen Weg gemacht hätte, auch als Staatsmann einer der herrlichsten Aufgaben Deisterreichs war. Seine letzte ministerielle Rolle spielte er in dem Kabinett Baugoin, in dem er das Außenministerium führte, und in dem er bereit war, seinen Frieden mit der Weimarer Bewegung zu machen. Seine Neigung zu einer laichen Front gegen die Sozialdemokratie ist bei dieser letzten Gelegenheit besonders deutlich geworden. In der politischen Geschichte des neuen österreichischen Staates wird sein Name vor allem verbunden bleiben mit der Unterzeichnung des Genfer Protokolls von 1922, das zwar Deisterreich aus einer akuten Finanzkrise rettete, das aber zugleich der Zukunft war für eine Politik, die im Laufe der Jahre die Selbständigkeit Deisterreichs immer bedeutender untergrub und insbesondere die Vermittlung des Anschlagsgedankens immer schwerer gefährdete. Persönlich hat Seipel bei seinen Landsleuten und über die Grenzen Deisterreichs hinaus Achtung und Sympathie erworben; das zeigte sich besonders anlässlich des Anschlags, der im Jahre 1924 auf ihn verübt wurde und der damals sein Leben ernsthaft gefährdete.

Mobilmachung in Paraguay

Ca Paz, 3. August.
Der alte Streit der südamerikanischen Republiken Bolivien und Paraguay um das Gran-Chaco-Gebiet hat eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Bolivianische Truppen fühten die Forts Bouqueron und Toledo und eroberten damit zwei der wichtigsten paraguayischen Befestigungen im Gran Chaco. Die Regierung Paraguays hat darauf die Mobilmachung angeordnet. Für die Verteilung der Hauptkräfte stehen 10 000 Mann bereit.

In Ca Paz wurde die Nachricht von der Einnahme des Forts Bouqueron durch die Bevölkerung mit höchstlicher Geflüsterung aufgenommen. Die Menge veranstaltete große nationale Kundgebungen in den Straßen. Der Vizepräsident Batino folgte der bolivianischen Regierung mehrere Millionen Korb und 15 Kriegsflyzeuge zur Verfügung gestellt haben.

Das Außenministerium von Paraguay hat ein Telegramm an den Botschafter in Buenos Aires geschickt, das dem Botschafter die Bitte enthält, die Angelegenheit der Mobilmachung einer Note des Vizepräsidenten bereit zu stellen, eine förmliche Erklärung der Entscheidung anzunehmen.

Die bolivianische Regierung hat den Vorstoß der in Washington agierenden fünf neutralen Staaten Südamerikas, sich weiterer militärischer Vorbereitungen im Gran-Chaco-Gebiet zu enthalten, abgelehnt.

Deutsche Tageschau

Verfassungsfeier im Reichstag wie gewöhnlich.

Die Verfassungsfeier im Reichstag am 11. August findet im gewohnten Rahmen statt. Der Reichspräsident wird persönlich daran teilnehmen. Die Feier wird sich folgendermaßen abspielen: Zunächst bringt das Präsidialamt den Delegierten die Duennerte zu „Gämnern“ von Redaktionen zu Gehör. Darauf spricht Reichspräsident Friedrich von Ertel. Nach einem weiteren Vortrag des Berliner Präsidialamts Direktors (H. Sch) der Synphonie Nr. 4 in C-moll von Johannes Brahms) wird der Reichstagsler eine Ansprache halten. Die Feier wird beendet mit dem gemeinsamen Gelang des Deutschliedes.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses abgelehnt.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Reichstagsabgeordneter Fried, hat den Kommuniten mitgeteilt, daß er den Auswärtigen Ausschuss nicht einberufen werde. Wie von dem Ausschuss selber erklärt wird, wird man sich hier mit diesem Reichstag nicht zufrieden geben, sondern die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses, der als fähiger Ausschuss des Reichstags bis zum Zulommen des neuen Reichstags noch in seiner bisherigen Zusammenfassung Geltung habe, trotzdem durchzusetzen versuchen, zumal eine Mehrheit des Auswärtigen Ausschusses für die Einberufung vorhanden sein soll.

Auflösung des sächsischen Landtags gefordert.

Zur Grund der Reichstagswahlberechtigung in den drei sächsischen Wahlkreisen verlangen jetzt die Nationalsozialisten die Auflösung des sächsischen Landtags. Die sächsischen Reichstagswahlberechtigten auf die Reichstagswahl des Landtags würden die Nationalsozialisten von 96 Sitzen ab erhalten. Mit den Deutschen nationalen, der DPS, den Christlichsozialen und den Volksschletern, (zusammen 11) sei eine Reichsregierung mit einem arbeitsfähigen Landtag möglich. Da jedoch erst vor etwa 4 Wochen ein nationalsozialistischer Wahlkampfentwurf im sächsischen Landtag abgelehnt worden ist, scheint dieser Wunsch dafür vorhanden zu sein, daß ein neuer Antrag mehr Aussicht auf Erfolg haben würde.

Kleine politische Meldungen

Der Urlaub des Reichstagslers. Der Reichstagsler hat einen achtstägigen Urlaub angetreten. In seiner Abwesenheit wird er von dem Reichsinnenminister Feilber von Gans vertreten.

Züringischer Landtag am 23. August. Das geschäftsführende Kabinett in Thüringen hat beschlossen, den neu gewählten Thüringer Landtag für den 23. August einzuberufen.

Selbstmord eines früheren Ministerpräsidenten. Der frühere mecklenburgische Ministerpräsident Paul Schröder, der seit längerer Zeit an unheilbarer Zuckerkrankheit litt, hat in Rostock durch Erschießen seinem Leben ein Ende gemacht.

Der Kohlenarbeiterstreik in Belgisch-Limburg beendet. Der Streit in den Kohlengruben bei Mons und Charleroi weiter fort.

44 Hinrichtungen in Peru. Als Raubtäter in den revolutionären Unruhen in der peruanischen Stadt Trujillo wurden 44 Unschuldige hingerichtet.

Aus der Umgegend

Neuba, 3. August.

— **Kinderfest der Kleinkinderschule.** Ein weiteres Kinderfest wird es in unserer Stadt in Kürze geben. Während das Kinderfest der Schulpflichtigen bereits der Erinnerung angehört, haben bei Kleinen ein Fest, bis von der Kleinkinderschule für sich betreut werden, diesen Tag noch in Aussicht. Wie wir hören, ist der 14. August dafür angesetzt. Das wird aber ein Freudentag werden, dem die Kleinen ganz schön mit Schminke entgegen harren.

— **Die Erntearbeiten schreiten rüstig vorwärts.** Schon seit voriger Woche herrscht in den hiesigen Äufern ein munteres Leben. Hier singt die Sense, die in diesem Jahre mehr denn sonst wieder zur Hand genommen werden muß,

ein wehmütig Lied, während nebenan die Mähmaschine eine größere Fläche umtreibt und Garbe um Garbe gefolgt werden zur Seite legt. Hat man werden aber die zum Ernte führen, schauert der Regen, wolkenlos, der beglückenden Szene zu, lasset der Druck nicht lösen drängen vor den Toren, wo die Maschinen erst zum frühen Morgen bis zum späten Abend lurren, vorgenommen sind. — Was es nun Wähen, Aufbinden oder Dreschen sein, ein Ras wie das andere wird durch den großen Wirrwarr, der im Getreide entzündet ist, ganz erheblich erschwert. Wenn dann zu alle dem die Mäden und Fliegen noch anfangen, lästig zu werden, so kann man es dem Landarbeiter wohl nachfühlen, wenn er sich nach getaner Arbeit nach Ruhe sehnt, um am kommenden Morgen sein Tagewerk von neuem wieder beginnen zu können.

— **Preussisch-Schlesische Klassenlotterie.** Die große Haupt- und Schlussziehung der 39. (265.) Lotterie beginnt am 8. August und endet am 12. September. Während dieser Zeit kommt die Rieseinnahme von über 96 Millionen Reichsmark zur Auspielung. Außerdem werden neu 100 Schlußprämien zu je 3000 Reichsmark ausgelost.

— **Weitere Zunahme der Volkfahrtsereisergebnisse in den Landkreisen.** In den deutschen Landkreisen hat die Zahl der Volkfahrtsereisergebnisse am 30. Juni 1932 einen Stand von 837 000 erreicht. Das bedeutet gegenüber dem 31. Mai 1932 (815 700) eine Steigerung um 2,7 Proz. gegenüber dem Vorjahr — 30. Juni 1931 — eine Zunahme um 141 Proz.

— **Appell aller ehem. 36er.** Am 20. und 21. August d. J. bezieht die „Freie Vereinigung ehem. 36er“, St. H. Halle a. d. S., ihr 25jähriges Bestehen in Verbindung mit dem 50. Stiftungsfest des hallischen Jülicher-Vereins 36. Aus diesem hauptlichen Anlaß hat die Freie Vereinigung einen Appell aller Angehörigen des Jülicher-Regts. 36, Reserve-Inf.-Regts. 36 und Landwehr-Inf.-Regts. 36 in diesen Tagen in Halle a. S. angeseht. — Näheres durch Ramebeck Hauptstadtmeister Müller, Halle a. S., Anröder 20.

— **Urlaubsarten werden Ferienlondbeträge.** Seit Einführung der im 20. v. h. ermittelten Urlaubsarten hat das Interesse für die Ferienlondbeträge sehr stark nachgelassen, so daß zwischen dem Norden und Süden sowie in umgekehrter Richtung manche Ferienlondbeträge ausfallen. Den Reisenden, die bereits Fahrkarten für ausgewählte Ferienlondbeträge gestellt haben, wird gestattet, gemäßliche Züge zu benutzen, Geld- und Schweißzüge gegen Zahlung der entsprechenden Aufschläge. Die Erhaltung der Ferienlondbeträge, deren Ermäßigung mit 20 v. h. nicht größer ist als jene für Urlaubsarten für Einzelreisende, wäre es nötig, die Ermäßigung auf 30 bis 40 v. h. festzusetzen.

— **Sangerhausen.** (Reichsfinanzhof der D.L.) Am Sonntag brachte der 13. Lärntreis Thüringen seine letzten Meisterlichkeiten unter Dach und Fach. Es galt, die Besten im Schwimmen zu ermitteln, die den Kreis bei den Deutschen Schwimmmeisterschaften am 20. und 21. August in Erfurt vertreten werden. Als Austragungsort land das Städtchen in Sangerhausen zur Verfügung. Bereits am Sonnabend hatten sich rund 1700 Gäste zur Begrüßungsfahrt im Babe eingefunden. Auch Kreisvertreter Wilton Silberburg haben sich erschienen und machten in einer längeren Rede die Voraussetzungen mit den Hochzeiten der D.L. bekannt. Die Wettkämpfe nahmen am Sonntag bei schönem Sommerwetter einen guten und spannenden Verlauf. Fast 2000 Zuschauer waren Zeuge der Kämpfe. Nicht weniger als fünf Reichsfinalleistungen wurden über bezogen. So wurde z. B. die Zeit im 400-Meter-Kreislaufschwimmen der Turner aus um 7 Sekunden verbessert. Der bisherige Kreismeister im Springen, Friedrich-Halle, mußte seinen Titel an Stegmann-Altstadt abtreten, welcher auch 1. Sieger im Mehrkampf wurde.

— **Merleburg.** Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der Reichstagswahl gelten im Wahlkreis 11 (Halle-Merleburg) folgende Kandidaten als gewählt:

— **SPD:** Dr. Paul Herr, Schriftsteller, Berlin; Franz Peters, Parteileiter, Halle.

— **NSDAP:** Franz Egel, Handlungsgehilfe, Berlin; Ernst Schlang, Landwirt, Raumburg; Franz Tichel, Hausinspizitor, Wittenberg; Hans Wolfersdorfer, Kaufmann, Halle; Soachim Wünnig, Landwirt, Kleinbeinsdorf.

— **DDP:** Ernst Schlimann, Hamburg; Otto Walter, Zimmermann, Teudern; Frau Marie Ahlers, Cisleben.

— **APB:** Thilo von Trotha, Landwirt, Schloß Scopau bei Merleburg.

Ob die Gewählten ihre Wahl in diesem oder in einem anderen Wahlkreis annehmen, steht noch nicht fest. Das endgültige Wahlergebnis ist erst dann zu ermitteln, wenn der Reichsminister einerseits das Wahlergebnis endgültig festgestellt hat.

— **Merleburg.** Mit einem Fehlbetrag von etwa einer Million wird der Etat des Landkreises Merleburg voraussichtlich abhließen.

— **Merleburg.** Ein Reisender aus Bad Dürrenberg hatte dem Wohlfahrtsrat folgende, unvollkommene Angaben über die Höhe seines Verdienstes gemacht. Er war dadurch unberechtigterweise in den Genuss von Unterstützungsgeldern gelang. Das Schöffengericht erteilte den Reisenden wegen Betrugs zu drei Monaten Gefängnis.

— **Merleburg.** In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß bei dem Bezuge von öffentlichen Unterstützungen jeder Nebenverdienst anzugeben ist.

— **Leuna.** Der Polizeioberwachmann Karl B. von hier hat sich im Grenzpaar Wäldchen mit seiner Dienstreife erschossen. Die Gründe der Tat sind nicht bekannt. Der Besatte, der sich in Kollegenreisen großer Beliebtheit erfreute, hatte bereits des öfteren seine Frau gegenüber Selbstmordgedanken geäußert. Als seine Frau am Sonnabend nach Hause kam und erfuhr, daß ihr Mann sich in das abgelegene Wäldchen geschossen habe, eilte sie ihm sofort nach. Ihr Mann gab, als er sie erblie, zwei Schüsse auf sie ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Darauf löste er sich durch zwei Schüsse. Er hatte seine Frau bereits fröhlich gegeben, mit ihm zusammen das Leben zu führen.

— **Weinwerda.** Beim Abbläsen eines Brandes, der in der Nacht in Weinwerda in einem Gehöft ausbrach, kam der Wäldliche Georg Z. ums Leben. Er war auf das Dach des brennenden Gebäudes gestiegen, das plötzlich nachgab. Diese führte in die Flammen. Da die Türen verschlossen waren, kam die Feuerwehr erst nach geraumer Zeit an den Abgehürsten heran. Er wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht, wo er am Sonnabendmorgen verstarb.

— **Wolpa.** Beim Herunterfallen einer Stöhne wurden einige Männer vom Lande erlappert. Die Föhne war anlässlich der Trauer um die Opfer der „Aio-be“-Geißt worden. Als der Landläger sich auf die Verfolgung der Täter machte, wurde er von diesen angegriffen und mit einem schweren Gegenstand ins Gesicht geschlagen. Die Täter konnten später festgestellt werden.

— **Wißhe.** In der Nähe der Eisenbahn liegen der Stein brachte eine Fehlbahn zum Unklippe. Hierdurch wurden die Pferde schon und rufen mit den unglücklichen Voren davon. Ein Mädchen erlitt erhebliche Verletzungen. Die übrigen auf den Voren befindlichen Personen kamen mit dem Schrecken davon.

— **Reinsdorf.** Kreis Wittenberg. Im Garten des Werkmeisters Buder fiel das dreijährige Schützen des Arbeiters Grolm, das an einem Zehnbeinige spielte, in das 30 Zentimeter tiefe Wasser. Als die Mutter das Kind fand, war es bereits ertrunken.

— **Bergberg a. d. Elster.** Eine schwere Schlägerei entspann sich zwischen zwei Arbeiterinnen der Kommuniten und Nationalsozialisten in der Nacht zum Sonntag. Die Polizei trieb die Streitenden mit dem Gummifnüppel auseinander. Bei der Durchsuhung nach Waffen wurde einem Kommuniten ein Revolver abgenommen.

— **Leipzig.** Nachts wurde ein Bauarbeiter auf dem Nachbauwege von seiner Arbeitsstelle von einem unbekannten Mann verfolgt und mit beiden Händen am Nacken gefaßt. Als der Bauarbeiter sich zur Wehr setzte, ertrug der Täter ihm Pfeiler ins Gesicht und schüttete in die antiegender Anlagen. „Halt auf!“ rief das Leberalien und zwar von jungen Burigen gehört, aber nicht beachtet worden, so daß der Räuber entkam.

— **Nordhausen.** Zwischen Großhändler und Kleinbauern wurde ein Ansehenspann von einem Verlesenen der Kleinbauern Weidwörde-Hersberg überfahren. Das Landwirtschepaar, das auf dem Wagen saß, wurde getötet. Der Bahnübergang ist ungeschützt.

— **Leopoldshall.** In Leopoldshall wurde der Kommuniten Hans Grünmann zum Stadtrat gewählt, und zwar mit Unterstützung der Sozialdemokraten. Die amtliche Regierung hat nun die Befähigung abgelehnt, mit der Begründung, daß durch die Person und durch die Zugehörigkeit zur SPD nicht die Gewähr für eine ordnungsgemäße Durchführung des Amtes geboten ist.

— **Hessen.** Im Ferienort erkrankte der Enkel des Reichens Reichs, der bei seinen Großeltern die Ferien verbrachte, an einer Grippe. Er starb am 2. August in der dicht vorbeistehende Elster und erkrankt. Die Eltern des Kindes wohnen in Chemnitz.

— **Deffau.** Der mehrjährige Reichsleiter zwischen der Stadt Deffau und dem Reichswehrministerium des Gegenden die Friedrichsalle in Deffau war, wurde jetzt durch einen Vergleich beendet. Die Stadt hatte vor dem Krieg die Baugelder für das Reichswehrministerium. Der Fiskus sollte dafür eine Miete, in der eine Bilanzrate eingeschloffen war. Durch die Geldwertung wurde eine neue Vereinbarung nötig, die aber nicht erzielt werden konnte. Insbesondere wurde man sich nicht über den Nachwert der Gebäude einig. Der jetzt geschlossene Vergleich sieht vor, daß der Reichswehrministerium bis zum Jahre 1938 jährlich rund 71 000 Mark Miete zahlt. Zu diesem Zeitpunkt wird dann die Friedrichsalle mit den zu ihr gehörenden Baugeldern Eigentum des Fiskus.

— **Deffau.** Ein trauriger Rekord. Inhalb sieht nach den neuesten Feststellungen in der Selbstmordstatistik an der Spitze aller deutschen Länder. Gegenüber 11 731 Fällen in denen männliche, und 36 Fällen, in denen weibliche Personen den Tod suchten, lauten die Zahlen im Jahre 1930 noch höher. Während der Reichsbürgerschaft mit 13 5 für die dies Jahr festgelegt sind, beträgt die Durchschnittszahl für Anhalt im Jahre 1930 15,7.

— **Schöneberg.** Für den freiwilligen Arbeitsdienst haben sich jetzt über hundert Angehörige des Reichsbanners gemeldet. Geplant ist die Aufzählung der ehemaligen Zementfabrik. Die Arbeiten werden etwa 17 Wochen in Anspruch nehmen; die Entschädigung soll 10,80 Mark pro Woche bei fünfjähriger Arbeitszeit betragen.

— **Magdeburg.** Die Ortsgruppe Magdeburg des Mitteldeutschen Handwerkerbundes hat an die verantwortlichen Stellen im Reich folgenden dringenden Appell gerichtet: Seit Jahr und Tag liegen die Betriebe im Handwerk, besonders des Bauwesens, völlig brach. Dine Aufzählung der Betriebe, die sich selbsttragend erhalten haben, zweifelt um ihre Existenz und wissen nicht, wo sie für die nächste Zeit das Notwendige zum Lebensunterhalt für ihre Familien hernehmen sollen. Im so drückender werden die gleich geliebten Vätern aller Art. Besonders die Beträge zu den Unfallversicherungsfällen haben eine gefährliche Lage, ohne Bier- und Bürgersteuer auszukommen. Ja, der Abbruch des vergangenen Rechnungsjahrs ergibt einen Ueberfluß von 115,68 Mark!

— **Weflingen b. Oebisfelde.** Eine bedeutenswerte Gemeinde finden wir in den benachbarten Teich. Obwohl sich der Ort im vergangenen Jahr ein neuerliches Schuggebäude „geleitet“ hat, ist er in der ältlichen Lage, ohne Bier- und Bürgersteuer auszukommen. Ja, der Abbruch des vergangenen Rechnungsjahrs ergibt einen Ueberfluß von 115,68 Mark!

— **Offleben b. Helmstedt.** Zum 1. August wurde auf „Grube Anna“, die dem Braunkohlebergbau angehört, ein Arbeiter getötet. Da in diesem Bezirk die Arbeit am 1. Oktober gänzlich eingestellt werden muß, sind die Arbeiter zu einem großen Teil in die Heimat entlassen.

— **Wölsar.** In der Nacht zum Dienstag kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommuniten und Nationalsozialisten. Nach einer Schlägerei veranlaßte sich etwa 120 v. h. der den Kommuniten angehörige Parteimitglied in der Grotstraße und verletzten in das Heim einzudringen, das von Kommuniten betrieblig wurde. Dabei wurden einige Fenstererben eingeschlagen. Die Polizei machte der Schlägerei bald ein Ende, in deren Verlauf etwa sieben Schüsse abgegeben wurden. Der Arbeiter F. wurde dabei erlappert einen Baugeld und wurde ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei durchsuchte die Nationalsozialisten ebenso wie die Kommuniten und das Parteimitglied nach Waffen. Es wurden aber nur einige Schlagringe und ein Messer gefunden. Später fand man in der Umgebung des Vortes einige Waffen, die wahrscheinlich weggenommen worden waren. Zahlreiche an dem Zusammenstoß Beteiligte wurden festgenommen.

Magdeburg. Seit dem 27. Juli sind noch zwei letzte Fälle von Spinalerkrankung in die städtische Kinderklinik einströmt.

Annaberger. Nach alter Innitte hatten sich mehrere Kinder an einen Laibwagen geknüpft. Als der Wagen plötzlich aufbrach, kamen die Kinder zu Fall. Einem lebensfähigen Knaben blieben die Köder über den Leib, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Uebungsbau. In der Summfabrik gerieten eine Frau und ein Mann, angeblich wegen politischer Meinungsverschiedenheiten, in Streit. Im Verlaufe der Auseinandersetzung zog die Frau einen Revolver und feuerte mehrere Schüsse auf ihren Gegner ab, ohne ihn jedoch zu treffen. Die Polizei nahm die schuldige Frau fest und beschlagnahmte die Waffe.

Plauen. Zwei Mädchen angeheiratet hat in der Karolstraße ein Handlungsgehilfe vom Feinsten seiner Wohnung aus. Er ist 30 Jahre alt und hat dabei mehrere zwei Geisteskranken, die sich in der Nähe befinden. Das eine erlitt Schüsse in den Rücken, in die rechte Hüfte und die linke Wade, das andere einen Schuß in die rechte Hüfte. Der Name des unvorsichtigen Schützen wurde festgestellt und seine Verbüßung beschlossen.

Gütersloh i. Westf. Carl Mele sen., der Gründer und Mitinhaber der bekannten Melewerke A.-G., wurde wegen seiner Verdienste um die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Gütersloh zum Ehrenbürger ernannt. Die Melewerke A.-G. wurde im Jahre 1899 in Hergebohl gegründet und am 1. August 1907 nach Gütersloh verlegt. Am 1. August d. Js. befindet sich das Werk also 25 Jahre in Gütersloh.

Hilfer zum Wahlergebnis

Abolf Hitler hat an die Parteigenossen und -genossinnen den folgenden Aufruf erlassen:

„Ein großer Sieg ist errungen. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei ist nunmehr zur weitesten stärksten Partei des Deutschen Reichs gelangt. Diese in der Geschichte unserer Völker einzig dastehende Entwicklung ist das Ergebnis einer ungeborenen Arbeit, einer immer gleichbleibenden Beharrlichkeit. Es kann angelehnt dieses großen Erfolges unserer Bewegung für niemanden einen Dank geben, sondern für uns alle nur die Pflicht, den Kampf nunmehr mit erneuter und erhöhter Kraft aufzunehmen und fortzusetzen.“

Neues aus aller Welt

Raubüberfall in Köln. Ein dreier Raubüberfall wurde auf ein Ferienauto des städtischen Wohlfahrtsamtes, mit dem Geber nach der Wohlfahrtsstelle in Köln-Bickendorf gebracht. Als das Auto vor dem Tor zum Hof der Kreistelle anhielt und eben der Kassierer und eine Begleitperson das Auto verlassen hatten, sprangen drei Leute im Alter von 25 bis 30 Jahren hinzu, bedrohten die beiden Beamten mit dem Revolver und entriemen ihnen die Brieftasche mit dem Gelde. Trotz sofort aufgenommener Verfolgung konnten die Täter entkommen. Die geraubte Summe beläuft sich auf nahezu 4000 Mark.

Zwei Tote bei einer Fabrikexplosion. Ein folgenreiches Explosionsunfall ereignete sich in der Trodenabteilung der Dywido-Gesellschaft für chemische Produkte am Industriebau in Emmrich am Rhein. Durch die Explosion, die in der ganzen Stadt vernommen war, wurden in den unteren Stockwerken infolge des Luftdruckes zahlreiche Fenster zerbrochen eingedrückt und Dächer teilweise abgedeckt. Die Trodenabteilung, ein Wellblechgebäude, lag in die Luft. Einzelne fielen viele hundert Meter auf Erde. Da im Augenblick der Explosion Frühstückspause war, befanden sich glücklicherweise nur zwei Arbeiter im Betrieb, die bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet wurden.

Drei Todesopfer einer Familientragödie. Eine fürchterliche Familientragödie ereignete sich in Jerslow. Der Klempner Jarenkoth, seine Frau und sein Sohn wurden in ihrer Wohnung höherweg 47 mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Ueber die Beweggründe und die näheren Umstände der Tat ist noch nichts bekannt geworden. Wie es heißt, soll wirtschaftliche Not als Beweggrund nicht in Frage kommen.

Zur Verhaftung einer angeblichen deutschen Spionin in Frankreich. Die politische Polizei in Chamoni hat einen angeblichen Mischjuden der vor einigen Tagen unter dem Verdacht der Spionage verhafteten Deutschen Helene Nacht festgenommen. Die Tatsache, daß die Verhaftete ein Vaterland namens Rotele in Chamoni einige Male mit der Deutschen zusammengekommen war, hielt die französische Polizei als einen Beweis dafür an, daß die beiden Spionagen zugunsten einer fremden Macht getrieben haben. Eine Hausdurchsuchung bei dem Italiener lud außer einer Reihe noch nicht unterrichteter schriftliche nach einem photographischen Apparat zur Lage geführt haben, was den Spionageverdacht noch verstärkte.

75jähriges Bestehen der Zuderfabrik Koblchen.

Vergangenen Sonnabend nachmittags 1/3 Uhr fand die Generalversammlung der Zuderfabrik Koblchen im Hotel „Goldener Storch“ statt. Im Anschluß daran wurde das 75jährige Bestehen der Fabrik durch eine einfache Feier mit einem einfachen Essen, den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt, im Hotel „zur Weintraube“ gefeiert.

Gleich zu Beginn hielt der Vorsitzende des Vorstandes, Herr Landrat a. D. von Weitenbutz-Büchs eine kurze Rede, in welcher er den Entschluß der Deutschen Zuderindustrie und im besonderen der Gründung und Entwicklung der Zuderfabrik Koblchen gedenkte. Er führte u. a. aus, daß durch die Kontinentalfrage durch Napoleon Ende des 18. Jahrhunderts Deutschland mit gezwungen wurde, den bisher von England eingeführten Zuder selbst herzustellen. Im April 1802 eröffnete der Chemiker Adard in Cuxen i. S.-L. die erste Rübenkampagne Deutschlands und der Welt. Die Zuderfabrik Koblchen wurde 1857 von vertriebenen Bottenortler und Koblchen Landwirten gegründet. Zur selben Zeit bestand bereits eine Zuderfabrik unterhalb Koblchens (jetziges Dampfagewerk). 1890 wurden die beiden Fabriken vereinigt und gleichzeitig die vorher noch sehr kleine Rübenverarbeitung durch entsprechenden Ausbau der Fabrik vergrößert. In den folgenden Jahren baute man die Fabrik noch mehr aus, da von den Landwirten immer größere Mengen angedungen wurden. Die Gründung der Fabrik war ursprünglich auf die Herstellung von Rohzucker zugeschnitten. Durch Vergrößerung der Zentrifugalkraft und entsprechende Umländerungen in der Säurereinigung ging man 1920 dazu über,

den aus Rüben gewonnenen Rohzucker auf Weißzucker zu affinieren. Im August 1921 wurde der gesamte Vorbetrieb der Fabrik zur freien verheerenden Feuer vermindert. Da auch das Büro ausbrannte, ging der größte Teil der Akten, die über die Entwicklung der Zuderfabrik Koblchen wertvollen Aufschluß gegeben hätten, verloren. In ganz kurzer Zeit gelang es, die Fabrik modern und übersichtlich wieder aufzubauen, so daß bereits Anfang November mit der Rübenverarbeitung begonnen werden konnte. Auch in den folgenden Jahren wurden Neu- und Umbauten ausgeführt, um die Verarbeitung zu vergrößern und den Betrieb zu vereinfachen und billiger zu gestalten.

1930 legte die Zuderfabrik Koblchen an das eigene Betriebshaus. Die Mägen wurden von der Zuderfabrik Koblchen übernommen und in demselben Jahre 132000 Ztr. Rohzucker verarbeitet. Diese Uebernahme hatte infolgedessen einen großen Vorteil für Koblchen, als die gesamten Maschinen und Apparate noch besser und länger ausgenutzt werden konnten. Mit der Uebernahme der Zuderfabrik Koblchen erhielt die Zuderfabrik Koblchen von der im Frühjahr 1931 gegründeten Wirtschaftlichen Vereinigung der Deutschen Zuderindustrie das für 1931 festgesetzte Kontingent der Zuderfabrik Koblchen, so daß dadurch eine Erhöhung des eigenen Kontingents nur zum Vorteil der Fabrik eintrat, anderenfalls die Verarbeitung infolge der Kontingentierung erheblich härter hätte eingeleistet werden müssen.

Mit einem Satz auf das Wohl und Gedeihen der Zuderfabrik Koblchen beendete der Vorsitzende seine Rede. Der Besuch der Generalversammlung war außerordentlich stark, und dieselbe verlief sehr harmonisch.

Aus dem Landjugendheim Echartsb erga.

Jahresversammlung und Babeinweihung.

Am Sonnabend, dem 23. Juli 1932, fand die diesjährige Jahresversammlung des Vereins Landjugendheim Echartsb erga e. V. im Landjugendheim unter Leitung des 1. Vorsitzenden, Studententrat Semprich, statt. Aus dem Jahresbericht entnehmen wir folgendes:

In dem Landjugendheim fanden vom August 1930 bis Ende März 1932 15 Freizeiten (Fortbildungslaufe) für die arbeitslose Jugend statt. Es nahmen daran rund 400 männliche und weibliche Arbeitslose teil. Die Teilnehmer trafen sich außerdem zu einer gemeinsamen Sonnwend- und Weihnachtsfeier. Jugend- und Volkstanzkreise von Merfeld, Weihenfels, Raumburg, Jena, Apolda und Bad Sulza hatten an zwei Tagen ihre Treffen im Heim. Außerdem fand ein Wandertagesausflug, eine Singfeier und ein Säuglingspflegeturnus statt. Die Rekrutierung der Sommer- und Winterfreizeiten erfolgte durch ihre eigene Arbeit und Klein. Eine Art Volkshochschule ist im Heim eingerichtet worden: sieben Fortschrittskurse waren sehr besucht; eine öffentliche Bibliothek, in der 30 der gelestenen Zeitungen von Mitteldeutschland ausliegen, steht allen Besuchern des Heims zur Verfügung; ein reiches Schrifttum (Broschüren, Zeitschriften des Landjugendheimes) dient zur weiteren Fortbildung; in dem Fernunterricht beteiligten sich 26 Personen. Das Heim hat im vergangenen Jahre 4633 Uebernachungen aufzuweisen. Der Verein zählt zur Zeit 65 eingetragene Mitglieder.

Am Sonnabend und Sonntag, den 23. und 24. Juli 1932, wurde das im freiwilligen Arbeitsdienst gefahrene Schwimmbad und Planfahnen eingeweiht. Am Sonnabend fand um 9 Uhr die Abreisefeier statt, die wegen des bestehenden Versammlungsverbotes nicht auf den Söhlenbergen abgehalten werden konnte. So trafen sich die Teilnehmer auf dem Gelände des Landjugendheimes, dicht neben dem Bad. Passende Goethe'sche Gedichte und Fadel-schwingen der Teilnehmer des Arbeitsdienstes wurden von gemeinsamen Liedern umrahmt. Nachdem die Fadeln zusammengeworfen waren und ein feiner Feuerpech gesprochen war, sangen noch einmal alle „Rein jüdischer Land zu dieser Zeit, als hier das untreue weilt und breitet...“

Die Morgenfeier, die wegen des Regens im Saal stattfinden mußte, wurde eingeleitet durch den Prolog aus dem „Faust“, an den sich der Vortrag von Beethovens unsterbliche Komposition „Die Sinfonie nahm den Anfang. Die Morgenfeier“ folgte. Hier führte Vater Semprich an. Das Bad soll ein Gefühl der Verbundenheit mit der Natur schaffen und so zur Stärkung des Menschens führen, der durch Not verhärtet und deshalb stumpf wird gegen Naturerscheinungen. Die Not und Sorgen sollen uns nicht blind machen, wir sollen in fester Verbindung mit Gott und Natur bleiben und uns vor der Erstarrung hüten. Es darf keine Stillstand geben, sondern ein immerwährendes Weiterstreben. Die Lebensvereinerung zermüdet und lähmt alle Kräfte, besonders in unserer schweren Zeit der wirtschaftlichen und sozialen Krise müssen wir dies immer wieder betonen. Selbst die Einweihung mußte im Saal stattfinden, da der Wettergott noch immer kein Einsehen hatte. Vater Semprich begrüßte zunächst alle Erdbelebten, dann ergrüßte er von der Entstehung des Bades, von den Schwierigkeiten und Bemühungen, die aber nun weitgehend zum größten Teile überwunden sind. 26 junge Menschen haben nun Koblchen daran im freiwilligen Arbeitsdienst gearbeitet. Schwer war die Mühe, aber es war die Arbeit, die nicht Hoff oder Plage war, sondern Freude schaffte, Freude am Werk. Und noch ist nicht alles fertig, neue Pläne bestehen, neue Hoffnungen, neue Entwürfe. Die Arbeiten, die hier geleistet wurden, sind gemeinnütziger Art. Schwimmbad und Planfahnen dienen nicht einem Unternehmern, sondern der gesamten Jugend, die hier verkehrt, sowie allen Einwohnern von Echartsb erga und Umgebung. Spekulation auf Gewinn ist ausgeschlossen. Was die Jugend hier geschaffen hat, gehört ihr selbst und kommt allen zugute. Diese Art des Arbeitsdienstes ist die erprobteste. Aus der schweren Not, in der wir uns befinden, kommen wir nur

Für Reise und Wanderungen

Sitze und Staud erlassen den Bürger besonders beim Reisen und Wandern. Eine geänderte Jahresrechnung mit 60000000. Zahnpolizei und Zahnpolizei. Eine geänderte Jahresrechnung mit dem hiermit erlassenen 60000000. Zahnpolizei und Zahnpolizei. Eine geänderte Jahresrechnung mit dem hiermit erlassenen 60000000. Zahnpolizei und Zahnpolizei.

beraus durch daß, festlich und lösserlich ganz gesunde und starke Menschen. Das mit zu erreichen, muß das Ziel des freiwilligen Arbeitsdienstes sein. Nur die Arbeit von solchen Menschen schafft wirkliche Werte.

Nach Vater Semprich sprach Herr Landrat Pöhlmann dem Unternehmern Semprich für die Zutritt, mit der das Wert in Angriff genommen wurde, seinen Dank aus. Er dankte dafür, daß Vater Semprich wieder eine Stätte im Kreise Echartsb erga geschaffen habe, aus der jeder Stärkung und Freude schöpfen könne. In das dreifache „Heil“, das er auf ihn ausbrachte, stimmten alle begeistert ein.

Im Namen der Jugend sprach Herr Rudolf Hammer den Dank an Vater Semprich aus. Die Jugend will von ihrem Führer lernen, wie trotz aller Schwierigkeiten, die sich in den Weg stellen, in aller Stille Werte und Werte geschaffen werden können. Die Jugend will beweisen, daß sie für die Gemeinschaft zu arbeiten bereit ist und mit Taten vor das Volk treten will. Das soll heiligstes Versprechen sein.

Die Feier schloß mit „Wir sind jung, die Welt ist offen.“

Anschließend wurde es aufgehört zu regnen und das Bad wurde nun besichtigt. Anschließend fand die gemeinsame Mittagstafel statt. Das Wetter war noch so gut geworden, daß sogar das angelegte Spiel von der „Alteisenbahn von Echartsb erga“ im Freien stattfinden konnte. Nicht am Bade war die Mühe aufgebaut und der Mägenmeister Heidentrauf und seine Knappen wählten ihres Amtes und verdingten die alten Paare, die zur Mühe kamen, die Aufschüben hinaufzuziehen und nach dem Raufen der Mühe als junge frische Paare wieder auf dem Bahn erführen. Das Spiel und die eingelegten Lieber und Völkstänze wurden von den zahlreichen Zuschauern begeistert aufgenommen.

Dann sollten auch die Tänzer zu ihrem Rechte kommen und nach dem Kaffeetrinken erlösten aus dem Saal die allen, schönen Völkstänze. Sogar die Kinder tanzten lustig mit und konnten gar nicht genug bekommen.

Am Bad aber hatte währenddessen ein reger Betrieb eingekehrt. Trostlos das Wasser nicht sehr warm war, tummelten sich doch viele in dem köstlichen Bad.

Das Landjugendheim ist um vieles schöner geworden, durch das, was unser unermüdbarer Vater Semprich neu für uns schaffen ließ. Die Jugend, die im Heim verkehrt und auch die Einwohner Echartsb ergas werden ihm dadurch dankbar, daß sie das Bad recht oft und zahlreich besuchen. Aber auch das wollen wir wünschen, daß alle die Pläne, die Vater Semprich noch für die Jugend in sich trägt, in Erfüllung gehen mögen.

Ungerechtigkeit bei der neuen Arbeitsloshilfe für die Angestellten!

Eine dringende Eingabe hat der Gewerkschaftsbund der Angestellten an das Reichsfinanzministerium gerichtet, die gegen die ungerechte Sonderbesteuerung der Angestellten durch die Arbeitsloshilfe gerichtet ist.

Die Steuerordnung vom 15. Juni selbst ist davon ausgegangen, Arbeiter und Angestellte in jeder Beziehung gleich zu behandeln. Trotzdem enthalten die Ausführungsbestimmungen dazu eine Regelung, die den Angestellten u. a. ein Mehrfaches von dem auferlegt, was die Arbeiter zu zahlen haben. Auch dem Berechnungsschema nämlich bleiben bei allen Arbeitern durch die Begrenzung des Grundlohnes auf RM. 10.— täglich Arbeitsentlohn über diesen Betrag stets außer Betracht, ob der Arbeitsverdienst nun RM. 400, 500.— oder mehr monatlich beträgt. Für die Angestellten dagegen, die nur bis zu einem Einkommen von RM. 300.— tranenversicherungsspflichtig sind, sind Abgaben bis zur vierfachen Höhe vorgesehen für die Einkommen zwischen RM. 300.— und RM. 700.— monatlich. Bei einem Arbeitsverdienst von RM. 400.— im Monat muß daher der Angestellte z. B. RM. 13,70, bei RM. 600.— RM. 24,15 Arbeitsloshilfe zahlen, der Arbeiter mit gleichen Einkommen dagegen zahlt in jedem Falle nur RM. 7,50.

Mit dieser unergütlichen und ungerechtfertigten Sonderbelastung der Angestellten kann sich der G.M. unter keinen Umständen einverstanden erklären. Er fordert, unbefehlet seiner härtesten Verurteilung der in der Steuerordnung enthaltenen Sonderbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger überhaut, die Abgabenerhebung für die Angestellten auf die gleiche Grundhöhe zu stellen wie für die Arbeiter (Schäfersatz RM. 300.—), zumindest aber die Besteuerung des jetzigen einseitigen Unrechtes gegenüber den Angestellten.

Wirksame Entretung der Kleinstadt!

Durch die Presse gibt vor kurzen eine Notiz, in der behauptet wurde, daß die Landkreise sich die Vorrechte des bestimmten Gutadens zum Finanzausgleich von Professor Dr. Popitz auf verwaltungsreformähnlichen Gebiete zu eigen gemacht hätten; der Landkreis gehe dabei so weit, praktisch innerhalb des Landkreises die Städtekreise zu befestigen. Die Notiz ist falsch. Ueber eine solche „Bestimmung der Städtekreise“ ist auf der Juni-Tagung der Landkreise, an die die Notiz offenbar anknüpft, kein Wort gefallen. Im Gegenteil; der Redner der Landkreise erklärte mit besonderem Nachdruck, daß bei den Vorarbeiten zur Verwaltungsreform „an eine Verfestigung oder ungewonnene Verfestigung der Selbstverwaltung der freisangehörigen Gemeinden, die erhalten werden müßte, natürlich nicht gedacht sei; das verleihe sich von selbst für jeden, der wie er und alle Landkreisevertreter von dem hohen Wert der Selbstverwaltung der kleineren Gemeinden durchdrungen lie, die weil sie sich auf einen für den Bürger überheblichen Raum und auf allgemeinen für ihn überhebliche Dinge erstreckt, noch eine wirkliche Selbstverwaltung im Sinne ihres Schöpfers darstelle.“

Wenn er allerdings—mit der betonten Befestigung auf geeignete Fälle—es als richtig bezeichnet, die Landkreise zu Trägern überkommener Aufgaben zu machen, so entspricht das nur einer erfreulichenweise auch von den zukünftigen Reichs- und Staatsstellen vertretenen durchaus vernünftigen Forderung kommunaler Planwirtschaft. Berücksichtigt man die in diesem Zusammenhang vom Landkreistag immer wieder genannten Beispiele (Werksvereinigungen; Straßenbahnen; Gärten, Säen sowie Versorgungsbetriebe: Gas, Wasser, Elektrizität), so ist ohne weiteres klar, daß die Befestigung der Städte kein Anlaß vorliegt.

Die Verwaltung der Stadt Nebra (Unstrut).

Mit banger Sorge gehen die Stadt- und Gemeindeverwaltungen jetzt überall an die Beratung der Haushaltspläne. Die immer weiter abwärts findende Kurve der Steuereingänge auf der einen und die gewaltig ansteigenden Forderungslasten auf der anderen Seite stellen Anforderungen, die wenn nicht bald eine Befreiung eintritt, viele Verwaltungen nicht mehr erfüllen können. Unsere Stadt ist von der Wirtschaftslage besonders hart betroffen und die Stadtväter haben in nächster Zeit die wenig heilsameren Aufgabe, den nunmehr von der Stadtverwaltung fertig gestellten Haushaltsplan für das Wirtschaftsjahr 1932 zu beraten. Es wird nicht leicht sein, die Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen.

Der Haushaltsvoranschlag ist in diesen Tagen herausgegangen; dazu hat Herr Bürgermeister Grünberg einen eingehenden Verwalterausweis für die Jahre 1930/31 ausgearbeitet, der Aufschluß gibt über die Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt. Wenn es bisher gelungen ist, ernste Kräfte zu wecken, so ist das der unermüdlichen Sorge unserer fähigsten Körperkräfte zu danken, die stets Mühe und Wege gefunden haben, die etwa auftretenden Schwierigkeiten zu bewältigen.

Da es von größter Wichtigkeit ist, daß alle Einwohner einen Einblick bekommen in die Aufgaben, vor die unsere Stadtverwaltung gestellt war, bringen wir nachstehend den uns zur Verfügung gestellten Bericht im Auszuge:

1. Allgemeines.

Zwei schwere Notjahre liegen hinter uns. Ständig steigende Arbeitslosigkeit, ungeheurer anwachsender Forderungslasten, mehr und mehr sinkende Steuerkraft, Notverordnungen, die hart in das Leben jedes Einzelnen eingreifen und die Selbstverwaltung der Gemeinden aufs Äußerste einschränken, kennzeichnen ihren Weg.

Mit größter Aufmerksamkeit mußte die Gestaltung des häußlichen Haushalts überdacht werden, um stets zur rechten Zeit die zur Befreiung finanzieller Schwierigkeiten erforderlichen Maßnahmen zu treffen und immer wieder Mittel zur Erhaltung der von der Not der Zeit besonders hart betroffenen Mitbürger herbeizufinden.

Bisher ist es unter äußerster Anspannung aller Kräfte und Mittel gelungen, die häußlichen Finanzen in Ordnung zu halten und die Stadt vor ersten Gefährdungen zu bewahren. Die meisten Gemeinden sind jedoch am Ende ihrer finanziellen Kraft; viele sind schon zusammengebrochen. Wenn nicht das neue Jahr die schon lange bringende geforderte erhebliche Entlastung der Gemeinden — insbesondere von den Forderungsausgaben — endlich bringt, so muß auch die Stadt Nebra der künftigen Entwicklung der Dinge mit ernster Sorge entgegengehen.

2. Stadtgebiet — Bevölkerung — Wirtschaftsleben.

Der Stadtbezirk Nebra umfaßt eine Gesamtfläche von rd. 1360 Hektar. Davin sind enthalten der am 1.10.1928 eingemeindete ehem. Gutsbezirk Nebra und Teile des ehem. Gutsbezirkes Birgit mit rd. 620 Hektar.

Die Einwohnerzahl betrug am 1.4.1930 2243 Personen, am 1.4.1931 2307 Personen, am 1.4.1932 2290 Personen. Es sind geboren: 1930 50 Kinder, 1931 37 Kinder. Ehen sind geschlossen: 1930 15, 1931 11. Es sind verstorben: 1930 25, 1931 27 Personen.

Nach der Personenstandsaufnahme waren vorhanden: am 10.10.1930 — 339 Wohnhäuser und 623 Haushaltungen am 10.10.1931 — 341 Wohnhäuser und 635 Haushaltungen. Es sind Gewerbetriebe sind 130 vorhanden; 1 Fabrik (Kappen- und Matzenfabrikation), 44 Handwerksbetriebe ohne Fabrikgeschäft, 26 Handwerksbetriebe mit Fabrikgeschäft, 25 Fabrikbetriebe, 7 Gastwirtschaften, 27 sonstige Gewerbebetriebe.

Mit Landwirtschaft beschäftigt sind 12 Betriebe, die über den eigenen Bedarf hinaus landwirtschaftliche Produkte erzeugen. Gemischt wurden: rd. 866 Hektar als Ackerland, rd. 131 Hektar als Wiesen und Weiden, rd. 249 Hektar als Forsten und Solungen.

Mit Viehhaltung beschäftigt sind 340 Haushaltungen. Die Viehzählung am 1.12.1931 hat folgendes Ergebnis: 78 Pferde, 174 Rinder, 565 Schafe, 578 Schweine, 127 Ziegen, 573 Kaninchen, 228 Stüd Federvieh, 81 Vienenstände.

Die Stadt Nebra hatte früher ein blühendes, sich aufwärts entwickelndes Wirtschaftsleben. Bei der Güte des Bodens zentrierte die Landwirtschaft die Steinbrüche und später die Zelluloseindustrie gab vielen Arbeitssuchenden Lohn und Brot. Regler Transportverkehr herrschte auf der Unstrut. Landwirtschaft und Industrie beschäftigten auch das Handwerk in reichem Maße.

Seit die das Wirtschaftsleben der Stadt einmal durch Stilllegung der voranemenden Industriezweige, zum anderen durch die schwierige Lage der Landwirtschaft aufs schwerste erschüttert.

Der im vorigen Jahre von einem auswärtigen Unternehmer gemachte Versuch, einen Sandsteinbruch erneut in Betrieb zu setzen, um den wertvollen und früher in Großstädten viel verwendeten Nebraer Sandstein als Baustoff wieder auf den Markt zu bringen, scheiterte an der Schwierigkeit der Finanzierung.

Die mangelnde Kaufkraft einer großen Anzahl von unbefähigten Arbeitnehmern macht sich in den Geldverhältnissen empfindlich bemerkbar. Das vor allem von der Landwirtschaft abhängige Handwerk ist ohne Aufträge und Vertriebsmöglichkeiten. Die ungeheuer angewachsenen öffentlichen Kosten ha-

ben zu einer für eine Kleinstadt unverhältnismäßig hohen Beleuerung des Gemeinbes und Grundbesitzes geführt, die von immer weniger Schultern getragen werden muß.

Die hohe steuerliche Belastung ließ bei der Leitung der hiesigen Wirtschaft den Plan reifen, den Gemeinbetrieb nach der Heranziehung sämtlicher bestehenden Stadt Neuburg zu verlegen, wo bereits ein Fabrikbetrieb eingerichtet ist und sonstige günstige Verhältnisse eine wirtschaftlichere Betriebsführung ermöglichen sollen. Dieser Plan wurde dem Magistrat im März v. Js. als feststehende Tatsache mitgeteilt.

Die mit der Firma sofort aufgenommenen Verhandlungen hatten zunächst die Zurückstellung der Verlegung zur Folge. Weitere Befragungen führten zu einer Vereinbarung, nach der die Firma für die Rechnungsjahre 1931—1935 anstelle der alljährlich nach dem tatsächlichen Gewerbeertrag bezw. Kapital neu zu berechnenden Gewerbesteuer eine feststehende Steuerpauschale (8 43 RM.) zahlt, die aus dem Durchschnitt der für die letzten 3 Jahre festgelegten Gewerbesteuergrundbeträge \times Freiburger Zuschläge errechnet wurde. Dazu verpflichtete sich die Firma zur Verlegung von mindestens 20 Arbeitsplätzen mit Nebraer Einwohnern. Die Vereinbarung fand die Zustimmung der hies. Körperschaften und die Genehmigung des Bezirksausschusses, so daß das Verbleiben des letzten Fabrikbetriebes für die nächsten 5 Jahre und hoffentlich auch darüber hinaus, dazu mindestens 20 Arbeitsplätze und eine feste Steuereinnahme der Stadt gesichert werden konnten.

Ein harter Verlust für das Wirtschaftsleben der Stadt ist jedoch trotz aller Bemühungen zu beklagen. Die Landwirtschaftskammer verlegte im Juli v. Js. die Landwirtschaftliche Haushaltungsschule, die fast 41 Jahre mit dem Namen der Stadt verbunden war, nach Naumburg. Damit ist ein Plan zur Tafel geworden, der schon seit 1926 bestand und an dessen Verwirklichung trotz entgegenkommender Angebote der Stadt und trotz der noch 1928 gegebenen Zusicherung, daß eine Verlegung nicht beabsichtigt sei, in aller Stille weitergearbeitet worden ist. Nachdem die neuen Verlegungsabsichten im Spätherbst 1930 bekannt geworden waren, leitete ein monatelanger Kampf der Stadtverwaltung um die Erhaltung dieser alten Ausbildungsstätte der Landwirtschaft für Nebra ein. Obwohl sich auch der Herr Senator nachdrücklich für ihre Befreiung in Nebra einsetzte, blieb die Stadt Naumburg schließlich Sieger, weil sie der Landwirtschaftskammer ein wertvolles Grundstück geschenkt wurde und die zum Ausbau deselben erforderlichen Geldmittel zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stellen konnte, während es der wirtschaftlich schwachen Stadt Nebra nicht möglich war, so allen anderen Vorkäufen auch noch einen schon seit Jahren gewünschten Haushaltungsschulneubau zu finanzieren.

Es muß der Zukunft überlassen bleiben, zu zeigen, ob die Verlegung einer Ausbildungsstätte für künftige Landwirtinnen in eine größere Stadt, die m. E. dem Lande einen nachteiligen Entzug — noch dazu in solcher Notzeit — eine sachliche Berechtigung hatte.

Die Sachlage zwingt dazu, wenigstens einen Teilausgleich durch Beschreitung neuer Wege zur Belebung der Wirtschaft und zur Hebung der Steuerkraft zu suchen.

Die landwirtschaftlich anerkannt schöne Lage der Stadt nebst Umgebung und die geschäftliche Bedeutung des Unstrutales legen es nahe, für Nebra als Ausflugsort und als Sommeraufenthaltsort für Erholungsbedürftige zu werben. Wenn auch derzeitige Bemühungen in der heutigen Notzeit keinen allzu großen Erfolg versprechen, so muß die Vorbereitung doch planmäßig und zielbewußt weitergeführt werden. Gemisse Anzeichen zeigen, daß die bisherige Arbeit nicht umsonst war. Seitdem die Straße Nebra—Wemleben—Wendelstein—Artern in gutem Zustande ist, hat der Kraftfahrzeugverkehr über Nebra zum Nutzen der hiesigen Wirtschaft merklich zugenommen. In noch größerem Maße würde das der Fall sein, sobald auch die für Kraftfahrzeuge z. Zt. fast unpassierbare Durchgangsstraße nach Bad Burg hergestellt ist (s. auch Vorschlag Wegebau-Verkehrsweiser).

Erfreulich war der außerordentlich starke Pflanzverkehr in diesem Jahre. Neben vielen anderen Ausflüglern hatte auch eine große Anzahl Badler, die mit ihren Booten der Unstrut ein prächtiges, farbenfrohes Bild gaben, Nebra als Ausflugsstation gewählt.

Und die Nebraer Vereine und Organisationen haben sich in der Berichtszeit mit viel Erfolg bemüht, daß Tagungen aller Art, die stets eine große Zahl auswärtiger Teilnehmer in die Stadt brachten, hier stattfanden.

Sinnvoll kommt, daß auch die beiden großen Nebraer Märkte, je 2 Tage lang starken Verkehr und reges Leben in die Stadt bringen. Eine ganz besondere Anziehungskraft übt jedoch in den letzten Jahren unser Kinderfest auch auf die Einwohner der umliegenden Ortschaften aus. Es ist infolge seiner stets ansprechenden Ausgestaltung zu einem wahren Volksfest geworden, das Hunderte von Besuchern in die Stadt zieht.

Auch die Belebung des Weihnachtsverkehrs mit dem Ziele, die Bewohner der umliegenden Ortschaften zu Einkäufen in hiesigen Geschäften anzuregen, hat sich die Stadtverwaltung angelegen sein lassen. Weihnachten 1930 ist der „Weihnachtsbaum für Alle“ eingeführt, der an 2 Stellen 14 Tage vor Weihnachten aufgestellt und elektrisch beleuchtet wird. Die Stadtkapelle und die örtlichen Gesangsvereine haben an einigen Tagen Einwohner und Besucher durch Weihnachtslieder erfreut. (Fortsetzung folgt.)

4 Wochen kostenlos

liefern wir Ihnen gegen Einlösung des anhängenden Gutscheines die „Wirtschaftlichen Kurzbrieft“.

Was die WK sind?

Deutschlands größte Zeitschrift für Steuerwesen und Wirtschaftssachen!
Die Zeitschrift, zu deren Mitarbeitern einige der geschultesten Steuer- und Wirtschaftsrechtler gehören!
Die Zeitschrift, die über einen vorbildlichen Kundendienst verfügt und nachweislich Zehntausende von Sachverständigen an ihre Abonnenten erteilt!
Die Zeitschrift, die infolge ihrer einzigartigen technischen Gestaltung ein nie versagendes Nachschlagewerk bildet.

Mehr als 46000 fortschrittliche Köpfe gehören zu den Abonnenten. Auch Sie sollten sich diese Einrichtung zunutze machen. Es wird bestimmt Ihr Vorteil sein. Bitte schicken Sie uns also den Gutschein ein!

Gutschein!

Rudolf LORENTZ Verlag
Charlottenburg 9
Kaiserdamm 38

Liefern Sie mir — uns, wie versprochen, die WK 4 Wochen vollkommen kostenlos u. unverbindlich

Drucksachen

aller Art
für alle Geschäftszwecke
für jeden Privatbedarf
in besten Ausführungen

liefert prompt
und preiswert
die

Buchdruckerei Wilh. Sauer ROSSLEBEN

DIE WOCHE SONDERNUMMER ITALIEN



Eine groß angelegte Darstellung des faschistischen Staates. Mit vielen Bildern überall für 48 Pfennig

F. Poppe

Reichsbestand Weine —
Angeboten bei den Amtsgerichten
Nebra und Weide. — Vertreter
Prospekte und Befuge alle gerichtlichen Angelegenheiten. Halte im
„Weißen Hof“—Nebra Spredtag.

GESCHÄFTS BÜCHER



Die künftlichen Burkbraun-

Schokoladen und -Pralinen

erhalten Sie stets frisch bei
Hugo Mögling.

Röstkaffee's

1/2 Pfund zu 60, 80 u. 100 Pfa.
Hugo Mögling

J. KRÖNIG-SCHNAPPE
HÄNNOVER
und anderer bekannter Firmen
liefert

Buchhandlg. W. Sauer Rossleben

Inferieren bringt Gewinn!

Für die wohlthunenden Beweise der Liebe und Verehrung, die uns beim Heimgang unserer lieben, guten Mutter
Frau Auguste verw. Kloßner
von allen Seiten, sei es in Blumenstuck, Wort oder Schrift entgegengebracht wurden, sprechen wir allen unseren herzlichsten Dank aus.

In tiefer Trauer: Die Hinterbliebenen.

Trotz still zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh,
Denk, was ich gelitten habe
Gibst mir nun die ewige Ruh.

CLUB ist nicht

für Bilder-Sammler sondern für Qualitäts-Raucher.
Und tatsächlich: Wer CLUB probiert bleibt dabei,
denn echt macedonische Tabake sind eben nicht
durch Bilder zu ersetzen



Nebraer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erkheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.—RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: I. N. R. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wägling (vorm. Wm. Weis), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postcheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen laufen: die 48 mm breite Millimeterzelle 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzelle im Blattmaß 20 Pf., Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Sparverein Nebra.

N 93

Donnerstag, den 4. August 1932.

45 Jahrgang

Endgültige Zahlen

Beachtigste vorläufige amtliches Endergebnis.

Der Reichswahlleiter gibt folgendes beachtigste vorläufige Endergebnis der Reichswahlwahl bekannt:

Gültige Stimmen insgesamt: 36 882 434	
1. Sozialdemokraten	7 953 986 133 Sitze
2. Nationalsozialisten	13 772 748 230 "
3. Kommunisten und SAP.	5 365 666 89 "
4. Zentrum	4 587 477 75 "
5. Deutschnationale	2 184 971 37 "
6. Deutsche Volkspartei	435 547 7 "
7. Wirtschaftspartei	146 107 1 "
8. Staatspartei	373 560 4 "
9. Bayerische Volkspartei	1 202 617 22 "
10. Deutsches Landvolk	91 287 1 "
11. Christlich-Soz. Volksdienst	364 986 4 "
11a. Volksrechtspartei	40 927 1 "
12. Deutsche Bauernpartei	137 090 2 "
14. Bayern. Weingeb. (Sdb.)	96 868 2 "
15. D. Hannover. Partei	46 873 1 "
18. Hörsingh. d. Beamten 5000 Mt.	1 147 1 "
19. Dt. Einheitspartei	1 842 1 "
20. Dt. Soz. Kampfbewegung	953 1 "
21. Nationale Minderheiten	34 969 1 "
23. Schicksalgen. d. E.	549 1 "
24. Kampfgem. d. Arbeiter	4 597 1 "
25. Freiwirtschaftl. Partei	14 131 1 "
26. u. 27. Ger.-Bew. u. D. Hlsgg.	2 656 1 "
Sonstige Parteien	880 1 "

Bei der Berechnung der Sitzhähle ist hierbei von den Wahlakkommen ausgegangen worden, die zwischen einzelnen Parteien hinsichtlich der Berechnung ihrer Reststimmen getroffen worden sind.

Ruhe — erste Bürgerpflicht!

Dr. Braadt warnt vor Gewalttaten.

Berlin, 2. August.

Der mit der Wahrnehmung der Führung der Geschäfte des preussischen Innenministeriums beauftragte Reichsminister Dr. Braadt, erklärt folgenden Lausatz:

Die Wahl ist vorbei. Das Volk hat gesprochen. Die völlige Wiederherstellung des inneren Friedens ist jetzt oberstes Gebot. Die Heiligkeit des Menschenlebens darf nicht weiter angefaßt werden. Ich wärne zum letzten Mal! Die Staatsregierung wird selbst drakonische Maßnahmen nicht scheuen, um ihre Pflicht gegenüber dem friedliebenden Staatsbürger restlos zu erfüllen und den Bürgerfrieden zu mahnen, den unser Land braucht! Ich wärne auch alle Organisationen wie jeden einzelnen, der zu blutigem Terror zu liegen. Die Presse hat sich sehr kläglich über die Verhältnisse ausgedrückt und unrichtige Verherrlichung zu entfalten, andererseits hat sie schwerste Eingriffe in ihre Freiheit zu gewärtigen.

Neues Kanzler-Interview

Gegen Herrschaft der Parteien.

Berlin, 3. August.

Der Vertreter der amerikanischen Nachrichtenagentur „Associated Press“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler, in welcher von Papen zunächst rundweg und ungetrübt erklärte:

Seine Regierung beabsichtige keinesfalls, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstage zu bemühen, die zur Unterstützung der Reichsregierung um die Parteien angehen ist, aus denen sie sich zusammensetzt.

Er sagte dann weiter: „Wenn die Wahl überhaupt eine besondere Bedeutung gehabt hat, dann besteht diese darin, daß das deutsche Volk das Verhalten der Regierung gutgeheißen hat, das Band von der Parteikontrolle zu befreien. Was wir verlangen, ist, daß unter Bemühen Deutschlands von seinen Schwierigkeiten zu befreien, gebildet werde.“

Unterstützung des Zentrums?

Meine Kollegen und ich wollen mit unserem Programm vor den Reichstag treten und seine Mitglieder vor die Entscheidung stellen, ob sie uns angeheißt das dringende Bedürfnis nach objektiver, unparteilicher Arbeit aus dem Sattel zu werfen mögen.“

von Papen hoffe, daß die Zentrumspartei nicht das Odium auf sich laden würde, eine Koalition herbeizuführen. Schließlich hofft er, daß die Landesregierung, daß der Augenblick gekommen sei, da die nationalsozialistische Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mitgehen müßte. Der Reichskanzler erklärte weiter:

Die Staatsform.

„Die Frage der Staatsform steht nicht im geringsten zur Debatte. Das stand auch bei der Wahl nicht zur Debatte. Das ganze deutsche Volk ist darum besorgt, kein Haus in Ordnung zu bringen, und wir haben keine Zeit, an die Staatsform zu denken.“

Schließlich machte der Vertreter der amerikanischen Agentur den Reichskanzler darauf aufmerksam, daß die Kritik der Regierung zum Vorwurf mache, daß sie ge-

gen kommunistische Anstrebungen Stellung nehme, aber nichts sage, wenn Nationalsozialisten sich Gelegenheitsarbeiten zuschulden kommen ließen.

Gegen jeglichen Terror.

Der Reichskanzler erwiderte darauf unverzüglich und bestimmt: „Wer auch immer nachgewiesenermaßen für Zwischenfälle verantwortlich ist, wie für die bedauerlichen Ereignisse in Königsberg, wird erfaßt, daß wir einschließen sind, reich und unmittelbar mit ihm zu verfahren.“ Der Reichskanzler versicherte, daß die Arbeit bestände, die kommunistische Partei für außer des Gesetzes stehend zu erklären.

Als der amerikanische Journalist fragte, was der Reichskanzler mit seiner Anspielung auf eine „mögliche Verfassungsrevision“ in seiner letzten Rundfunkansprache gemeint habe, antwortete der Kanzler:

Wahlreform.

Ich bin der Auffassung, daß Deutschland ein Oberhaus braucht.

Eine andere Sache, die berichtigt werden müßte, ist unter losen Annahmen. Ich würde mich freuen, wenn die Partei eine Liste von Kandidaten aufstelle, von denen für je 60 000 erhaltene Stimmen einer als gewählt erklärt wird. Ich hoffe, daß unser Wahlsystem in dem Sinne revidiert wird, daß die persönliche Verantwortung des Reichstagsmitgliedes wieder hergestellt wird.

Verfassungsreform.

Der Reichskanzler bemerkte, daß in jedem Lager politische Führer von Verwaltungsreformen gesprochen hätten, aber niemand habe gehandelt. „Nehmen wenigen Tagen nach meiner Ernennung zum Reichskommissar für Preußen verschmolzen wir 58 Kreise mit größeren Kreisen und vereinfachten die Verwaltung durch Aufhebung von 60 Landratsstellen. In derselben Richtung beabsichtigen wir weitere Verwaltungs- und Finanzreformen zu veröffentlichen, die sowohl im Reich als auch in Preußen einer Lösung dringend bedürfen.“

Die Regierungsfrage in Preußen

Ausschluß am Mittwoch. — Vor der Ministerpräsidentenwahl.

Berlin, 2. August.

Der Reichskanzler hat als Reichskommissar für Preußen dem Preussischen Landtag offiziell in einem Schreiben von der Bildung der preussischen preussischen Regierung Kenntnis gegeben. In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß Ministerpräsident Braun und die übrigen preussischen Minister von der Ausübung ihrer Amtspflichten entbunden worden seien, weiter werden die Namen der Staatssekretäre mitgeteilt, die mit der vorläufigen Leitung der einzelnen Ministerien beauftragt sind.

Der Ausschluß des Landtags ist für Mittwoch zu einer Sitzung einberufen, um den Termin der nächsten Landtagsitzung festzusetzen. Wahrscheinlich wird der Preussische Landtag schon in der nächsten Woche zusammentreten. Seine Hauptaufgabe wäre die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten, die nach gemeinsamer Vereinbarung von Zentrum und Nationalsozialisten bis nach der Reichstagswahl verschoben worden war.

Vollziehung des Reichsrats

Einprache mehrerer Länderregierungen.

Berlin, 3. August.

Im Reichsrat teilte Reichsinnenminister Freyberg von Gamp mit, die Reichsregierung habe von den früheren Erklärungen der Länder über die Reichsverhältnisse im Reichsrat Kenntnis genommen und erhoffe ein weiteres reibungsloses Zusammenarbeiten. Zu dieser Hoffnung sei die Reichsregierung um so mehr berechtigt, als die Gewähr gegeben sei, daß die Reichsträger durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes einer baldigen Klärung entgegengeführt werden.

Der Vertreter der Bayerischen Staatsregierung erklärte, die neue Zusammenlegung des Reichsrats entspricht nicht der Reichsverfassung, der Reichsrat sei nicht in der Lage, die ihm nach der Verfassung zuführenden Rechte auszuüben. Bayern behalte sich alle Schritte vor und sei nur unter diesem Vorbehalt in der Lage, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Vertreter Würtembergens, Badens, Heßens, Hamburgs, Lübecks, Bremens, Lippses und Schaumburg-Lippes gaben ähnliche Erklärungen ab. Der Vertreter der preussischen Provinzen behielten sich eine Nachprüfung der Reichsmöglichkeit vor.

Die schärfsten Verhandlungen des Reichsrats betrafen kleinere Vorlagen, wie überhaupt in den nächsten Wochen Beratungsgegenstände von größerer Bedeutung dem Reichsrat nicht zugehen werden.

Zu Beginn der Sitzung hatte Reichsinnenminister Freyberg von Gamp noch der Opfer der „Tilbe“-Katastrophe gedacht.

Schafft Arbeit und Brot!

Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindevorstandes.

Berlin, 3. August.

Der Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden hat sich in der Frage der Arbeitsbeschaffung mit den von dem Präsidenten des Verbandes, Landrat a. D.

Dr. Gerete-Preßler, aufgeteilten nachfolgenden Richtlinien einhellig einverstanden erklärt:

1. Reich, Länder, Gemeinden und die anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände haben zur Befreiung des Arbeitsmarktes vollständig mögliche Schritte vorzunehmen, um dadurch eine möglichst hohe Zahl von Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen.
 2. Die Arbeiten sind planmäßig zu betreiben. Der Plan ist nach volkswirtschaftlichen, verkehrs- und bevölkerungsrechtlichen Gesichtspunkten auf Jahre hinaus einseitig unter Mitwirkung der Selbstverwaltungsorgane aufzustellen und durchzuführen.
 3. Grundsätzlich sollen die Arbeiten zu vollem Lohn der Arbeiter und unter Voraussetzung der freien Wirtschaft erfolgen, damit dadurch die Wirtschaft eine weitere Belebung erfährt, und die Steuerkraft der öffentlichen Hand gefördert wird.
 4. Die Finanzierung erfolgt durch eine in bestimmten Grenzen gehaltene zinslose Kreditlenkung auf der Grundlage des Haushaltsrechtes der öffentlichen Hand in Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten.
- Der bargelebte Vorteil ist im Interesse der Finanzierung der Aufbautarbeiten durch Ausbau des Giroverkehrs und durch Verfestigung des Scheckverkehrs zu erreichen. Die Rechte sind in ihrer Ausübung entsprechend dem notwendigen Zweck zu begrenzen. Die Kreditbereitstellung ist von den Aufsichtsbehörden im Einvernehmen mit den Kreditanstalten zu überwachen.

Kirche und Staat

Der evangelische Religionsunterricht in Preußen.

Berlin, 3. August.

Ämtlich wird mitgeteilt: Im Laufe des letzten Winters ist die Frage, in welcher Form die Interessen der evangelischen Landeskirchen in der Erstellung des Religionsunterrichts im Rahmen des Art. 149 Abs. 1 der Reichsverfassung gewahrt werden sollten, erneut lebhaft erörtert worden. Die Verhandlungen hierüber waren in wiederholten gemeinsamen Beratungen des vom Unterrichtsministerium, den Vertretern des Evangelischen Oberkirchenrats (zugleich namens der altpreussischen Union nicht angehörigen preussischen Landeskirchen) und den hauptsächlichsten evangelischen Lehrerverbänden vor den letzten Wahlen zum preussischen Landtag sowie geführt worden, daß die Veröffentlichung des Ergebnisses schon damals allgemein erwartet wurde.

Nach abermaliger Prüfung der gesamten Lage hat sich die Staatsregierung nunmehr zur unveränderten Befolgung der damals festgelegten Grundsätze entschieden. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Volls- und mittleren Schulen wird danach den preussischen evangelischen Landeskirchen die Möglichkeit geboten, durch Beauftragung, in der Regel staatliche Schulaufsichtsbeamte, ausnahmsweise Lehrer oder Lehrer öffentlicher Schulen, die das Vertrauen der Lehrerschaft genießen, den Religionsunterricht zu betreiben.

Haaltdien Schul-

Seipel 4

ien, 3. August.

ngler Prälat Dr.

eben“ im Wiener

hob ihren Fröh-

ist infolge seiner

Geschlechte ein-

griff, der aber dieser

es er seit dem Ende des

Krieges

und dem Umsturz in

Oesterreich leitete, den

Stempel seiner

Personlichkeit aufgedrückt

hat. Der Theologieprofessor, der von dem

letzten österreichischen

Kaiser in die Politik

gerufen wurde, der aber

damals ebenso wenig

wie seine Freunde noch etwas